

⑦ Gundremmingen

PROTOKOLL

des 2. Gespräches zwischen VertreterInnen der Kernkraftwerke Gundremmingen und der Mahnwache Gundremmingen am Montag, den 20. Juli 1992

An diesem Gespräch nahmen teil: Herr Reinhardt Ettemeyer und Herr Reinhard Seepolt, sowie Sigrid Birrenbach, Konrad Link und Thomas Wolf.

Mahnwache: Wir sind froh, daß das Gespräch jetzt wieder stattfindet. Wir haben sehr lange gebraucht, das letzte Gespräch zu verarbeiten und uns über die Konsequenzen für unseren weiteren Widerstand klarzuwerden. Wir haben uns durch das Gespräch verändert, und das hat uns auch etwas gekostet.

KKW-Betreiber: Auch bei uns gibt es genügend Leute, die sagen, was sollen die Gespräche mit denen von der Mahnwache, die sind doch unbelehrbar; aber wir sind bereit dazu, weil wir die Hoffnung haben, daß wir Sie davon überzeugen können, daß unsere Arbeit wichtig ist, so wie wir glauben, daß Leute wie Sie mit Ihrer Kritik wichtig sind.

Konrad Link, der zum ersten Mal dabei ist, stellt sich kurz vor: Er hat Maschinenschlosser gelernt. Jetzt arbeitet er bei einem Freund auf dessen biologisch betriebenen Hof. Für ihn waren der Widerstand gegen das in Pfaffenhofen geplante Atomkraftwerk und die Erfahrungen in der Schutzgemeinschaft Donauried prägend.

Mahnwache: Um das rasche Aufeinanderfolgen von verschiedenen Gesprächsthemen und die damit verbundene Oberflächlichkeit zu vermeiden, haben wir bereits im Vorfeld vereinbart, bei diesem Gespräch nur über zwei Themen zu reden: über die Gefahren radioaktiver Strahlung und über Dialog und Widerstand.

Wir glauben, daß es bei einem aufrichtigen und sachlichen Gespräch möglich sein muß, mindestens zu einer gemeinsamen Risikoabschätzung zu kommen, auch wenn wir dann daraus jeweils andere Konsequenzen ziehen.

KEINE GEFAHR DURCH RADIOAKTIVITÄT ?

Mahnwache: Jeder radioaktive Zerfall kann einen Menschen töten, jedes Becquerel kann Krebs auslösen. Es gibt verschiedene Risikoabschätzungen: so geht die Internationale Strahlenschutzkommission (ICRP) von 260 bis 500 zusätzlichen Krebstoten aus, wenn eine Million Menschen mit einem Rem pro Jahr bestrahlt werden. Kritische WissenschaftlerInnen kommen noch zu viel höheren Zahlen, so spricht z.B. Gofman von 3.330 bis 4.250 zusätzlichen Toten. Von welcher Risikoabschätzung gehen Sie aus?

Es geht doch nicht nur um uns, wir haben doch auch eine Verantwortung gegenüber anderen Menschen. Natürliche und künstliche Radioaktivität lassen sich nicht ohne weiteres gleichsetzen, da es sich dabei um unterschiedliche Nuklide handelt, die sich im Organismus unterschiedlich verhalten.

Gehen Sie von einer linearen Dosis-Wirkungs-Beziehung aus, wie es die ICRP tut, d.h. daß die Schäden entsprechend der Strahlendosis linear zunehmen?

Die Strahlenschutzverordnung verhindert nicht, daß Menschen durch Radioaktivität zu Schaden kommen. Sie legalisiert eine Erhöhung des Krebsrisikos durch den Betrieb von Atomanlagen. Sie nimmt in Kauf, daß bei Ausschöpfung der 60 mrem pro Jahr ungefähr 11.000 Menschen in der BRD zusätzlich an Krebs erkranken. Die tatsächliche Gefährdung der Menschen durch Radioaktivität ist sowieso nicht berechenbar, es gibt nur Anhaltspunkte. Von der tatsächlichen Radioaktivitätsabgabe, die meßbar ist, wird die Belastung mittels der sogenannten Transferfaktoren der Radioökologieverordnung abgeleitet. Diese Faktoren wurden relativ willkürlich festgelegt, kritische WissenschaftlerInnen fordern zum Teil zehnfach höhere Faktoren.

KKW-Betreiber: Wir beschäftigen uns nicht mit derlei Studien, da das, was wir an Radioaktivität abgeben, innerhalb der Schwankungsbreite der natürlichen Radioaktivität liegt. In München ist die Hintergrundstrahlung ...fach so hoch wie in Hamburg und dennoch ergeben sich daraus keine unterschiedlichen Krebsraten. Es gibt einen Reparaturmechanismus in den Zellen, der bei diesen geringen Dosen mögliche Schädigungen abfängt. Warum ziehen Sie nicht nach Hamburg, dort ist die Radioaktivität doch viel geringer?

Die unterschiedliche biologische Wirksamkeit ist doch bereits in der Rem-Zahl berücksichtigt. Deswegen läßt sie sich sehr wohl gleichsetzen.

Wir nehmen einen unteren Grenzwert an. Wir liegen mit unseren Abgaben weit unter dem, was nach der Strahlenschutzverordnung zulässig wäre. Aber es führt doch nicht weiter, wenn wir über die Fundamente der Strahlenwissenschaft diskutieren.

Mahnwache: Sie können nicht dafür garantieren, wie Sie es in der Öffentlichkeit mehrfach getan haben, daß durch den Betrieb von Gundremmingen noch niemand zu Schaden gekommen ist.

In der Studie von Prof. Michaelis (1992) wird ausgesagt, daß die Leukämierate bei Altanlagen (das sind Anlagen, die vor 1970 in Betrieb genommen wurden) im Fünf-Kilometer-Umkreis bei Kindern unter fünf Jahren siebenfach erhöht ist. Beunruhigt Sie das nicht? Kennen Sie die absoluten Zahlen für Gundremmingen?

Können Sie beweisen, daß die Clusterbildung nicht vom AKW kommt?

.. aber dafür eine Müllverbrennungsanlage, die Dioxine und Furane abgibt.

Wir nehmen Ihnen nicht ab, daß Sie das so locker nehmen. Denken Sie wirklich, solange man uns nichts beweisen kann ...?

Frau Schmitz-Feuerhake hat doch den Nachweis erbracht, daß diese Krebsfälle mit dem AKW Krümmel zusammenhängen.

Aber ist das nicht dasselbe, wie wenn Sie behaupten, Ihre Hand dafür ins Feuer legen zu können, daß durch den Betrieb von Gundremmingen noch niemand geschädigt wurde? Beides ist letztlich nicht beweisbar...

KKW-Betreiber: Diese Zahlen sind uns nicht bekannt. Prof. Michaelis kommt in der Studie zu dem Schluß, daß es sich um zufällige Clusterbildung handelt, die nicht signifikant ist. Dieses Phänomen läßt sich immer wieder beobachten.

Es gibt zum Beispiel in der Nähe von Kempten einen Cluster, da steht kein Kernkraftwerk ...

So war das nicht gemeint. Aber wir liegen um den Faktor 1.000 unter den erlaubten Grenzwerten. Es liegt in der Natur der Cluster, daß sie eben irgendwo auftauchen, ohne daß es Gründe dafür gibt. In Sellafield gibt es ein Maximum von Krebsfällen und in Seascale ist ein Minimum. Warum sind in Krümmel sieben Kinder an Krebs erkrankt und im Dorf daneben kein einziges?

Das ist doch nicht bewiesen; Frau Schmitz-Feuerhake mußte die Behauptung zurücknehmen, weil sie eben keinen Nachweis erbringen konnte.

Das stimmt eigentlich irgendwie schon, meine Hand kann ich dafür nicht ins Feuer legen. Aber wir sind so weit unter den Grenzwerten, und die Gefährdung ist im Vergleich zum Straßenverkehr, der Gesundheitsschädigung durch Rauchen usw. so gering. Ganz ohne Belastung können wir die Menschen nicht mit Energie versorgen. Jetzt leben ca. fünf Milliarden Menschen auf der Erde, bald sind es acht Milliarden, auf irgendeine Weise müssen wir diesen Menschenmassen Energie bereitstellen. Glauben Sie mir, ich denke auch an die Zukunft, ich habe ja selbst vier Kinder, gesunde Kinder...

Mahnwache: Ja, aber das ist auch kein Beweis, daß Radioaktivität unschädlich ist. Meine Mutter ist schwer krank, sie hat ein malignes Lymphom, eine Blutkrebsart, die der Leukämie sehr ähnlich ist. Auch das beweist nichts, der Krebs sagt nicht, woher er kommt, er ist allgegenwärtig ...

Stimmt es, daß vom Block A im Jahre 1988 550 Becquerel Plutonium abgegeben wurden? Das steht in einer Veröffentlichung des Bundesumweltministeriums.

Nach unseren Informationen gibt es in der gesamten Erdkruste nur ungefähr ein Kilogramm natürliches Plutonium. Woher kommen Ihre Zahlen?

Wenn Studien Glaubensfragen sind, dann kann man sich beim Betrieb eines Atomkraftwerkes doch nicht darauf berufen. Ein AKW kann man nicht aufgrund von Glauben betreiben. Natürlich ist der Umgang mit Studien problematisch, aber wir kommen nicht darum herum, sie ernst zu nehmen und zu prüfen. Wir hätten gerne die zehn Studien von Ihnen, die unsere Behauptungen widerlegen. In der Michaelis-Studie treten einige inkonsistente Punkte auf. Wie bewerten Sie das?

Können wir uns darauf einigen: Ihnen ist es nicht recht, daß Sie Menschen belasten; wenn Alternativen zu Verfügung stünden, wären Sie dafür, diese einzusetzen?

Kennen Sie Zahlen aus Ihrem Betrieb? Gibt es ein Krebsregister von den Beschäftigten, die im Block A gearbeitet haben?

KKW-Betreiber: Plutonium kommt tonnenweise natürlich vor, da ist eine solch geringe Menge völlig unbedeutend und schädigt sicher niemand.

Bei den oberirdischen Atomtests in den sechziger Jahren wurde tonnenweise Plutonium freigesetzt.

Wir können Ihnen ebenfalls zehn Studien nennen, die genau das Gegenteil von dem beweisen, was Sie sagen. Aber dann sind wir wieder an dem Punkt angelangt, daß wir Studien gegeneinander aufwiegen, das sind doch letztlich Glaubensfragen.

Es ist nicht korrekt, so wie Sie es tun, aus einer Statistik einzelne Peaks herauszuziehen; diese Cluster findet man in jeder Statistik. Es gibt nur eine Studie aus den USA, die einen Zusammenhang zwischen Atomkraftwerken und Krebsrate feststellte, das war die Sternglass-Studie; aber die Ersteller der Studie haben nachweislich unsauber gearbeitet.

Wir könnten zustimmen, wenn das im Konjunktiv stehen würde: uns wäre es nicht recht, wenn wir Menschen belasten würden...

Es gibt keine Studie. Aber die Leute, die dort gearbeitet haben und in der Zwischenzeit gestorben sind, haben einfach das Lebensende erreicht. Auch unser Betriebsarzt, Herr Dr. Pfob, hat nichts besonderes festgestellt.

Mahnwache: Das beruhigt uns nicht. Herr Dr. Pfob behauptet ja auch, daß es in Tschernobyl und Umgebung keine Erhöhung der Krebsrate gibt.

Ihre Aussage entsetzt uns. Wir können nicht glauben, daß Sie das ernst meinen. Was ist mit den überfüllten Krebsstationen in Minsk und anderswo, den ganzen Schreckensbildern von dahinsiechenden, kranken und geschwächten Menschen, wie sie überall in Filmen, Zeitungen, Erzählungen von Menschen, die dort waren, zu finden sind?

Wenn hier ein Tschernobyl passieren würde, könnten Sie also so ruhig dasitzen wie jetzt und sich darauf berufen, daß auch durch Tschernobyl niemand zu Schaden kam?

KKW-Betreiber: Wir stehen voll hinter der Aussage von Herrn Dr. Pfob. Er war als Arzt mit einem internationalen Gremium in Tschernobyl, und für ihn gab es keine erkennbare Erhöhung der Krebsrate. Zu demselben Schluß kommt auch eine Studie, die von der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) jüngst herausgegeben wurde: Der Gesundheitszustand der Bevölkerung um Tschernobyl ist nicht aufgrund der radioaktiven Strahlung schlechter als in Vergleichsgebieten.

Sie haben die Aussage der Wissenschaftler in der IAEO-Broschüre: es gibt keine durch Radioaktivität bedingte Erhöhung der Krankheitsraten in Tschernobyl.

Ein Unfall wie in Tschernobyl kann hier nicht passieren, und so haben wir das auch nicht gesagt.

ZIVILER UNGEHORSAM UND DIALOG

KKW-Betreiber: Warum haben Sie Ihr Transparent "Tschernobyl mahnt" draußen am Tor aufgehängt? Der Inhalt ist sowieso unsinnig, weil ein Unfall wie in Tschernobyl hier nicht passieren kann. Das war so nicht abgemacht und es stört uns.

Mahnwache: Wir haben das Transparent auch beim letzten Gespräch aufgehängt, Rolf steht dort Mahnwache, während wir hier reden. Sie schalten ja das AKW während unseres Gespräches auch nicht ab. Das wäre Voraussetzung für ein wirklich gleichberechtigtes Gespräch: solange wir uns nicht einig sind, ob der Betrieb verantwortet werden kann, müßte das AKW stillgelegt werden (vielleicht vergleichbar der Situation, daß während Verhandlungen ein Waffenstillstand zwischen den kämpfenden Parteien vereinbart wird). Für uns ist es wichtig, daran zu erinnern, daß jeden Tag, an dem das AKW läuft, das Damokles-Schwert des GAUs über uns hängt, Radioaktivität entsteht, die Menschen krank macht, und Müll produziert wird, der unseren Nachkommen die Zukunft verstrahlt.

Mahnwache: Es stehen sich nicht einfach Meinungen gegenüber, sondern auch Macht und Ohnmacht. Wir vertrauen nicht darauf, daß sich die richtigen Argumente von selbst durchsetzen.

Mit unseren gewaltfreien Aktionen versuchen wir, die Ohnmacht zu thematisieren. Wir wollen mit ihnen unsere Argumente zur Sprache bringen, überprüfen lassen und selbst ein Stück Verantwortung für den Ausstieg übernehmen. Das soll den Dialog nicht ersetzen, wir wünschen uns, daß es Teil unseres Gesprächs wird.

Wir werden am Hiroshimatag die Zufahrt zum AKW blockieren. Wir glauben im Gegensatz zu Ihnen, daß die Atomenergienutzung schon unzählige Opfer gefordert hat. Die Entscheidung dazu ist uns nicht leicht gefallen, weil wir gesagt hatten, daß wir den zivilen Ungehorsam erst einmal aussetzen, um das Gespräch zu ermöglichen. Sie haben beim letzten Gespräch betont, daß Ihre Gesprächsbereitschaft prinzipiell sei und nicht im Zusammenhang mit unserer Entscheidung stünde, die Blockade im November 91 auszusetzen. Und der Betrieb des AKWs läuft trotz des Dialogs weiter ... Das hat uns zur Blockade bewegt.

KKW-Betreiber: Dieses emotional Aufschäumende belastet mich schon; dieses Gespräch heute macht mir keinen Spaß, beim letzten war die Atmosphäre besser. Ich mache mir Gedanken über den Zusammenhang zwischen unserem Dialog und Ihren Aktionen.

Verständigung ist schwierig und mühsam, selbst zwischen Eheleuten. Man sollte sie nicht leichtfertig aufs Spiel setzen. Ich glaube, wir sind sowieso die einzigen, die miteinander reden (ich meine jetzt AKW-Betreiber und Gegner). Ich kann auch nicht verstehen, daß Herr Hiemer geschrieben hat, es hätte keine Annäherung gegeben beim letzten Gespräch.

Der Dialog ist auch bei AKW Gegnern nicht unumstritten. Wir glauben, daß er ganz wichtig ist, und wir sind sehr froh, daß Sie sich darauf eingelassen haben. Er ist ein Experiment mit der Wahrheit. Wir möchten den Dialog nicht gefährden, aber es geht ja auch nicht einfach darum, nett zueinander zu sein, sondern es geht darum, in der Frage der (Un-)Verantwortbarkeit der Atomenergienutzung zu einer Einigung zu kommen. Es hängt viel davon ab.

KKW-Betreiber: Ich werde mir eine Entscheidung über die Fortsetzung unserer Gespräche vorbehalten, ich muß darüber erst nachdenken. Wenn durch Ihre Blockade der Betrieb behindert werden soll, müssen wir die nötigen rechtlichen Schritte einleiten, auch wenn wir das nicht gerne tun. Der Betrieb muß gesichert sein. Wir haben doch hoffentlich klargestellt, daß durch den Betrieb des Kernkraftwerkes kein Schaden entsteht.

Es ist unschön, wenn Sie versuchen, illegale Druckmittel anzuwenden. Wir lassen uns nicht drohen.

Sie können 750 Arbeitsplätze zerstören. Wollen Sie die BRD ruinieren? Sie müssen sich doch an die Regeln halten. Gesetze kann man ändern, dafür gibt es legale Prozeduren.

Sie hatten letztes Jahr mit Ihrer Aktion keinen Erfolg, warum tun Sie es wieder, es ist doch für Sie selbst auch eine Strapaze?


? Seien Sie doch froh, daß wir etwas tun, was Sie nicht verstehen. Es wäre besser, wir würden auch weiterhin nur reden, statt daß Sie den zivilen Ungehorsam fortsetzen.

Mahnwache: Es gefährdet von uns aus nicht den Dialog, wenn Sie uns räumen lassen. Das ist irgendwie folgerichtig: solange Sie sicher sind, daß Tschernobyl keine Opfer fordert hat und daß der Betrieb verantwortlich und notwendig ist, müssen Sie so handeln. Und wir auch...

Wir wollen Ihnen nicht drohen. Unsere Aktion soll auf das Gewissen wirken, und wenn sie das nicht tut, weil sie falsch ist, hat sie keine großen Auswirkungen. Stellen Sie sich vor, wir hätten mit unserer Meinung unrecht, was würden wir anrichten, wenn hätten wir wirklich geschädigt? Aber wenn Sie sich irren, endet das in einer Katastrophe. Nur ein Vergleich: die Sklaverei war auch einmal legal und Aktionen dagegen illegal. Jetzt ist für alle selbstverständlich, daß die Sklaverei Unrecht war. Die Demokratie wäre nicht gekommen, wenn nicht Menschen dafür ins Gefängnis gegangen wären.

Das ist eine schwere Frage, die uns auch oft umtreibt, warum wir nicht mehr werden, ob wir etwas falsch machen, irgendwie doch im Unrecht sind... Aber bisher erscheinen uns unsere Argumente gegen die Atomenergienutzung immer noch richtig. Und in gewisser Beziehung werten wir es als Erfolg, daß Sie sich im letzten August gescheut haben, uns räumen zu lassen, und wir unser einstündiges Die-In zur Stunde des Bombenabwurfes auf Nagasaki ungestört durchführen konnten. Wir haben Ihr Verhalten auch nicht ganz verstanden.

Frau
Sigrid Birrenbach



Gundremmingen, den 17.12.1992

Sehr geehrte Frau Birrenbach,

wir haben Ihre Schreiben vom 11. und 28. November 1992 erhalten.

Nachdem wir Ihrem beigefügten Aufruf zur "Schienenversammlung" entnehmen mußten, daß die Atomindustrie ein Verbrechen gegen Gott und die Menschheit sei, fällt es uns schwer, nach dieser Verunglimpfung von vielen tausend Menschen - uns eingeschlossen - überhaupt noch auf Ihre Argumente einzugehen.

Sie haben sich erkennbare Mühe gegeben, unser Gespräch in diesem Protokoll wiederzuspiegeln. Die gegensätzlichen Auffassungen bleiben weiterhin bestehen, weil Sie die wissenschaftlich-technisch belegbaren Sachverhalte ignorieren und Ihrerseits Behauptungen aufstellen, die mit seriösen Methoden nicht nachvollziehbar sind.

Ihre zentrale Behauptung des letzten Gespräches, daß angeblich bei theoretisch angenommener Ausschöpfung der radiologischen Emissions-/Immissionsgrenzwerte durch die Kernkraftwerke in Deutschland von jeweils 300 $\mu\text{Sv/a}$ für den Abluft- und Abwasserpfad mit zusätzlichen 11000 an Krebs erkrankenden Menschen zu rechnen sei, ist nur ein Beispiel dafür. Wir können Sie lediglich erneut dazu ermuntern, die mit dem besten verfügbaren wissenschaftlichen Sachverstand in internationaler Zusammenarbeit ermittelten Fakten zur Kenntnis zu nehmen.

Deshalb senden wir Ihnen beiliegend ein Exemplar der Bundestagsdrucksache 12/2677 vom 26.05.92 "Bericht der Bundesregierung über Umweltradioaktivität und Strahlenbelastung im Jahr 1990" und verweisen auf den Anhang A "Strahlendosis und Strahlenwirkung", der für Sie besonders lesenswert sein sollte.

Daraus geht zweifelsfrei hervor, daß Ihre o.a. Behauptung unhaltbar ist!

Blatt 2 zum Schreiben an Frau Birrenbach vom 17.12.1992

Dasselbe gilt für Ihre Interpretation der Michaelis-Studie "Untersuchung der Häufigkeit von Krebserkrankungen im Kindesalter in der Umgebung westdeutscher kerntechnischer Anlagen 1980-1990".

Einer der Autoren der Studie, Herr Prof. Dr. J. Michaelis, selbst hat erklärt, daß die von ihm und seinen Koautoren gewonnenen Ergebnisse keine Veranlassung geben, irgend einen Alarm zu schlagen.

Insgesamt wurde durch diese Untersuchung festgestellt, daß in den betrachteten Kraftwerksregionen und den dazu ausgewählten Vergleichsregionen die Erkrankungs-raten geringer sind als im Durchschnitt für Westdeutschland. Die wegen der geringen Fallzahl beobachteten Auffälligkeiten bei statistischen Untergruppenauswertungen treten sowohl in Kraftwerksregionen als auch in Regionen, wo keine Kernkraftwerke gebaut wurden, auf.

Für unser Kraftwerk und seine Umgebung sind für uns erwartungsgemäß keinerlei Auffälligkeiten festgestellt worden.

Wir sind zuversichtlich, daß auch Sie den in den zwei obigen Beispielen beschriebenen Ergebnissen von objektiv kritischen Wissenschaftlern nähertreten können.

Sollte das nicht der Fall sein, hielten wir eine Fortführung der begonnenen Gespräche für wenig sinnvoll.

Trotzdem wünschen wir Ihnen und Ihren Freunden ein gesegnetes Weihnachtsfest, viel Glück und eine positive Einstellung zum Leben für das neue Jahr!

Mit freundlichen Grüßen

Anlage

Kernkraftwerke Gundremmingen
Betriebsgesellschaft mbH



Mahnwache Gundremmingen, Sigrid Birrenbach, Wallstr. 20, 7800 Freiburg, den 23. 1.1993

Sehr geehrter Herr Etemeyer, sehr geehrter Herr Seepolt,

herzlichen Dank für Ihr Schreiben vom 17.12.92, - auch für den mitgeschickten Bericht der Bundesregierung über Umweltradioaktivität und Strahlenbelastung im Jahr 1990, der mir bereits bekannt war und den ich jetzt erneut geprüft habe. Ich finde unsere Annahme dort untermauert, (die Abschätzungen liegen sogar noch höher): Bei theoretischer Ausschöpfung der erlaubten 60 mrem/a pro atomarer Anlage wären in den alten Bundesländern 16 560 bzw. 82 800 zusätzliche Krebstote zu erwarten. Wie ich zu diesen Zahlen komme: Die Bundesregierung geht in ihrem Bericht (im Gegensatz zu Ihnen) davon aus, daß es bei den stochastischen Strahlenwirkungen keine ungefährliche Schwellendosis gibt, sondern eine lineare Dosis-Wirkungs-Beziehung besteht. Sie richtet sich nach einer Risikoabschätzung von 200 - 1000 Todesfällen durch Leukämie und Krebs nach Ganzkörperexposition von einer Million Menschen mit einem Rem. Daraus läßt sich für 23 atomare Anlagen ganz grob abschätzen: $23 * 0,06 \text{ rem} * 60 \text{ mio} * 200 \text{ bzw. } 1000 = 16\,560 \text{ bzw. } 82\,800 \text{ Krebstote}$. Freilich liegen diese Zahlen im Bereich von einem bis einige Promille der "spontanen" Leukämie- und Krebstodesrate der Bevölkerung und lassen sich dadurch bei epidemiologischen Untersuchungen kaum ausmachen. Wird jedes einzelne Schicksal, das hinter diesen Zahlen steht, dadurch erträglicher, Ihre Mitverantwortung leichter?

Sie haben sich im letzten Gespräch auf eine Studie der IAEA zu den Folgen des Reaktorunfalls in Tschernobyl bezogen. Ich kann und will nicht glauben, daß Sie wirklich dahinter stehen.

Zu der Studie im Einzelnen: Sie wurde erstellt auf eine Anfrage der Regierung der UdSSR im Oktober 89; sie wollte eine Einschätzung von internationalen Experten, ob ihr Konzept ausreiche, daß die Bevölkerung in den verstrahlten Gebieten 'sicher leben' könne. Was heißt es, 'sicher zu leben'? Die IAEA definiert das in eigener Weise. Von der Untersuchung wurden die Menschen, die in den versuchten Gebieten gelebt haben, aber inzwischen evakuiert wurden (mehr als 100 000), und die sog. Liquidatoren kurzerhand ausgeschlossen. Haben sie ihr Recht verwirkt, 'sicher zu leben'?

Die Studie stellt in der Einführung fest, daß es "in den betroffenen Gebieten generell ein geringes Verständnis der Prinzipien gäbe, die der Radioaktivität und ihren Auswirkungen zugrunde liegen, und daß dies die Wurzel von ethischen medizinischen und sozialen Problemen sei, die beobachtet wurden". Die Menschen haben kein Verständnis für die Radioaktivität; würden sie an deren Unschädlichkeit glauben, blieben sie gesund?

Zuerst wurden offizielle sowjetische Messungen der Umweltradioaktivität stichprobenartig überprüft: die IAEA stellte z.B. bei der Cäsiumbelastung des Bodens bis zu dreifach höhere Werte fest als die sowjetischen Behörden, bei der Plutoniumbelastung ermittelte sie um die Hälfte niedrigere Werte. Dennoch kommt sie zu dem Schluß, daß die sowjetischen Methoden adäquat seien, die durchschnittliche Kontamination realistisch einzuschätzen. Durchschnittlich im Sinne der IAEA heißt übrigens, daß die sog. "hot spots", an denen unerklärlicherweise besonders hohe Verseuchung vorliegt, ausgeklammert wurden.

Im 3. Kapitel geht es um die radioaktive Belastung der Bevölkerung. Hier gesteht die IAEA zu, daß es schwierig sei, präzise Aussagen zu treffen, welche Dosis von den Menschen bereits aufgenommen wurde und noch wird. Im Vergleich wird festgestellt, daß die sowjetischen Abschätzungen zum Teil dreifach höher liegen. Die sowjetischen Abschätzungen beruhen z.B. bei der Inkorporierung von Strontium auf den Erfahrungen mit dem Nuklearunfall in Kyschtym 1957. Insgesamt wird in siebzehn Jahren (1986 - 2056) eine Belastung der Bevölkerung mit 8 - 16 Rem (IAEA) beziehungsweise mit 15 - 40 Rem (sowjetische Behörden) ausgemacht. Ich glaube, diese Abschätzungen besagen gar nichts. Die Werte können zehnfach höher oder niedriger angesetzt werden, die Ausbreitung von Radioaktivität ist zu komplex, daß sie angemessen berechnet werden könnte. Da es sich um Durchschnittsangaben handelt, bleiben die ungeheuren Belastungen für einzelne Menschen sowieso unberücksichtigt. Noch unberechenbarer ist der Krebs... Er läßt sich nicht beeindrucken von statistisch bewiesenen Verboten, aufzutauchen.

Die IAEA empfiehlt, in Zukunft gültige Modelle zu entwickeln, um die Kontamination der Nahrung vorauszusagen. "Die Entwicklung solcher Modelle könnte sich auf lange Sicht als effektiv erweisen und die Notwendigkeit extensiver Einzelanalysen verringern." Darüber hinaus wird angestrebt, "in den nächsten Jahrzehnten das Wissen über Umwelttransferfaktoren durch Studien in den verstrahlten Gebieten auszuweiten". Wozu? Um die Menschen zu schützen und gleichzeitig das nächste Tschernobyl vorzubereiten?

Im 4. Kapitel geht es um gesundheitliche Auswirkungen. Insgesamt wurden 1 356 Personen untersucht aus verstrahlten und sogenannten Kontrollgebieten. Über die Kontrollgebiete wird eingangs kurz erwähnt, daß dort die Radioaktivität geringer, aber die sozioökonomischen Bedingungen ähnlich den verstrahlten Gebieten seien. Was heißt geringere Radioaktivität? Wurden hier einfach stärker mit weniger belasteten Gebieten verglichen? Und was sind 1 356 Menschen bezogen auf eine Bevölkerung von einigen Millionen?

Verglichen wurde per Fragebogen der allgemeine Gesundheitszustand, die Schwermetallbelastung, das Blutbild, Schilddrüsenhormone, Größe und Gewicht der Kinder. Sind das angemessene Maßstäbe, eine Bevölkerung für gesund zu erklären? In der Schlußfolgerung heißt es dann: "Es gab signifikante Gesundheitsstörungen ohne Zusammenhang mit der Radioaktivität sowohl in den belasteten als auch in den Kontrollgebieten, die innerhalb der Studie beobachtet wurden, aber keine Gesundheitsstörungen, die unmittelbar der radioaktiven Belastung zugeschrieben werden können. Ohne Zweifel hat die erhöhte Sensibilität für Gesundheitsprobleme zu einer steigenden Registrierung von Beschwerden und einer größeren Anzahl von Diagnosen sowohl ernsterer als auch leichterer Erkrankungen geführt." "Das offizielle sowjetische Datenmaterial, das nachgeprüft wurde, ergab keine merkliche Erhöhung des Leukämie- und Krebsvorkommens. Dennoch war die Datenbasis nicht detailliert genug, die Möglichkeit eines Anstiegs in Zukunft auszuschließen. Auch ein späteres Ansteigen von Krebs und genetischen Schäden wird schwer auszumachen sein, selbst mit großangelegten epidemiologischen Untersuchungen. Die Schilddrüsenbelastungen der Kinder, die festgestellt wurden, können möglicherweise in Zukunft einen statistisch merkbaren Anstieg der Schilddrüsentumore verursachen. Es gab zahlreiche wichtige psychologische Probleme von Angst und Stress im Zusammenhang mit dem Unfall, die in den untersuchten Gebieten beobachtet wurden, die gegenüber der biologischen Bedeutung der Radioaktivität völlig im Vordergrund standen. Ein großer Teil der Bevölkerung hat ernsthafte Sorgen; die Leute handeln irrational in einer Weise, die man als Radiophobie bezeichnen könnte. Die untersuchten Kinder waren im allgemeinen gesund."

Die IABO empfiehlt, Programme zu entwickeln, um die psychologische Situation zu verbessern. Diese sollten die Fortbildung von Lehrern und Ärzten über allgemeine Gesundheitsvorsorge und Strahlenwirkungen beinhalten. Macht Propaganda gesund?

Im 5. Kapitel werden Schutzmaßnahmen erörtert. Die IABO kommt zu der Einschätzung, daß "Schutzmaßnahmen im allgemeinen über das hinausgegangen seien, was vom Gesichtspunkt des strengen Strahlenschutzes notwendig gewesen wäre". Und dies habe "zu zusätzlicher Angst und Beunruhigung in der Bevölkerung beigetragen". Die Oberflächendeckungsbelastung sei wenig effektiv, die Grenzwerte für Lebensmittel zu niedrig angesetzt und Umsiedlungen zu überstürzt ausgeführt worden. "Die vorgeschlagene Maßnahme sollte mehr Nutzen als Schaden bringen, d.h. daß die Verringerung möglicher Schäden durch Radioaktivität bedeutend genug sein muß, um den Schaden und die Kosten - die sozialen Kosten eingeschlossen - zu rechtfertigen, die durch die Maßnahme selbst entstehen." "Es gibt Anhaltspunkte aus anderen Studien, daß die Massenumsiedlung die durchschnittliche Lebenserwartung und die Lebensqualität verringert (durch vermehrten Stress und Änderungen im Lebensstil)." Werden die Menschen krank, nicht weil der Reaktor in die Luft geflogen ist, sondern weil sie unnötigerweise umgesiedelt wurden?

Die IABO empfiehlt: "Faktoren, die die Akzeptanz der Bevölkerung beeinflussen, auch weiterhin in den verstrahlten Gebieten zu leben, sollten identifiziert und analysiert werden. Der Öffentlichkeit sollten realistischere und verständlichere Informationen gegeben werden über Grenzwerte und Risiken, wenn sie in den verstrahlten Gebieten bleiben. Die Risiken sollten verglichen werden mit Risiken des täglichen Lebens und durch andere Umweltbelastungen, wie z.B. Radon und Industrieemissionen."

In dieser Studie tritt - so unverhüllt wie selten - ein Denken zutage, das voller Menschenverachtung nur den einen Zweck kennt: den Bestand der Atomenergienutzung zu sichern, über Leid, Krankheit und Tod hinweg. Man bereitet sich auf das nächste Tschernobyl vor, will die Menschen dazu bringen, mit dem Super-GAU zu leben und zu sterben. (Der Tod gehört doch zur Natur, was empört Ihr Euch?)

Die Atomenergienutzung hat genug Opfer gefordert! Es ist längst Zeit, - nach Tschernobyl und vor dem nächsten ..., gemeinsam über Alternativen nachzudenken.

Wir würden in einem nächsten Gespräch gerne über Ihre und unsere Haltung dazu reden. Wir würden uns freuen, wenn Sie uns vielleicht schon einen Terminvorschlag machen könnten.

Mit atomefeindlichen friedlichen Grüßen



P.S: Wir laden Sie herzlich zu unserem Prozeß am Amtsgericht Günzburg am 15.2. ein; näheres dazu steht in unserem Rundschreiben, das wir Ihnen in den nächsten Tagen zuschicken werden. Mahnwache Gundremmingen, Sigrid Birrenbach, [redacted], den 23. 1.1993

AUSWERTUNG

des zweiten Gesprächs zwischen der Mahnwache und den Betreibern

des Atomkraftwerks Gundremmingen am 20. Juli 1992

Es sind vor allem zwei Punkte, die unsere Verarbeitung dieses Gesprächs bestimmen. Zum einen waren und sind wir entsetzt darüber, wie Herr Ettemeyer und Herr Seepolt mit der Tschernobyl-Katastrophe umgehen; zum anderen waren und sind wir berührt davon, wie wir in diesem Gespräch ihre innere Not erlebten; sie waren uns in ihrer Menschlichkeit noch nie so nahe.

Das von uns geschriebene und von Herrn Ettemeyer und Herrn Seepolt akzeptierte Protokoll vermittelt wenig von der zwischenmenschlichen Stimmung des Gesprächs, und wir haben auch Hemmungen, darüber zu schreiben. Es ist uns jedoch wichtig festzuhalten, daß wir durchaus den Eindruck hatten, sowohl mit unseren Argumenten, als auch mit unseren Gefühlen sehr ernst genommen zu werden. Wir waren richtig gespannt, wie wir weiter miteinander umgehen würden. Insofern sind wir von Herrn Ettemeyers und Herrn Seepolts (nachträglich) Kommentar zu diesem Gespräch erst einmal ziemlich enttäuscht: dieser Kommentar ist so geschrieben, als hätte dieses Gespräch gar nicht stattgefunden, wenigstens nicht so, wie wir es stimmungsmäßig erlebt haben.

Geradezu schockierend waren und sind für uns die Äußerungen der Betreiber über den GAU von Tschernobyl. Daß dies keine rein persönlichen Meinungen waren, sondern die von der IAEA (Internationale Atom-Energie-Agentur) verbreitete "Analyse", macht die Situation noch schlimmer. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf Sigrids Brief, den wir beilegen.

Insgesamt steht für uns - gerade auch nach diesem zweiten Gespräch - mehr denn je fest, daß unser Weg des gewaltfreien Widerstands gegen die Atomenergie-Nutzung richtig und notwendig ist. Die ungeheuerliche Verdrängung der Tschernobyl-Opfer schreit geradezu nach Aktionen; die von uns in diesem Gespräch erlebte menschliche Nähe verpflichtet uns dazu, daß diese Aktionen auf Gewaltfreiheit bauen und auf Verständigung und Versöhnung zielen müssen.

Wir werden die Hoffnung auf einen Energie-Konsens nicht aufgeben, und wir werden mit dieser Hoffnung in das nächste Gespräch gehen.